

*IV. Reden anlässlich der Verleihung
des Karl-Barth-Preises an
Bundesminister a.D. Dr. Jürgen Schmude
am 1. Mai 2009 in Würzburg*

ULRICH FISCHER

Eingangsworte

Verleihung des Karl-Barth-Preises der UEK an Jürgen Schmude – da schließt sich der Kreis! In den Jahren 1982 bis 1986 führte das Mitglied des Bundestages, der ehemalige Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und ehemalige Bundesminister der Justiz, Dr. Jürgen Schmude, führte also ein Politiker und Jurist den Vorsitz im Theologischen Ausschuss der EKU (West!) zu Barmen V.

Als sich die EKU-Synode im Juni 1986 das Votum dieses Theologischen Ausschusses zu Eigen machte, unterstrich sie vor allem folgende Wegweisungen des Votums, ich zitiere:

„Die Synode erinnert daran, dass die ‚Barmer Theologische Erklärung‘ mit ihren Lehrentscheidungen eine verbindliche Aussage der Kirche ist und bleibt. Sie sieht in dem vorgelegten Votum eine Hilfe, einem oft beliebigen Zugriff auf die fünfte These der ‚Barmer theologischen Erklärung‘ zu wehren.

Die Synode verweist auf den besonderen Zusammenhang, der zwischen der zweiten und der fünften These besteht: Erst nachdem ‚Gottes Zuspruch der Vergebung aller Sünden‘ und sein ‚kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben‘ (These II) gehört und geglaubt sind, (werden auch) [...] die Fragen beantwortet werden können, die sich aus dem Verhältnis von Kirche und Staat ergeben.“

Besonders setzte die Synode dann noch drei Akzente in den Aussagen des Votums:

- In dem Votum werden die berechtigten Anliegen der (lutherischen) „Zwei-Regimenten-Lehre“ und der (reformierten) Lehre von der „Königs-

herrschaft Christi“ aufgenommen, weitergeführt und durch das Vertrauen auf das eine Wort Gottes, „durch das Gott alle Dinge trägt“ (Barmen V), verklammert.

- „Trotz mancher Resignation und Enttäuschung bei der Bemühung um den Frieden in der Welt wird die Kirche zum Frieden rufen und dabei ihren eigenen Beitrag leisten müssen, der sich aus ihrem Glauben und ihrem Gehorsam ergibt.“
- Und drittens: „Fürbitte als Begleitung des Staates“: „Wir müssen neu erkennen, dass im Verhältnis von Kirche und Staat Fürbitte eine zentrale Aufgabe der Kirche ist.“

Als der Ausschuss damals sein Theologisches Votum „Auftrag der Kirche und Aufgabe des Staates nach Barmen V“ in die EKD-Synode einbrachte, war der Ausschussvorsitzende gerade zum Präses der Synode der EKD gewählt worden. Er sollte dann die Synode der EKD über sage und schreibe drei Legislaturperioden, 18 Jahre lang, leiten, und er hat damit eine ganze Epoche der Geschichte der Synode der EKD entscheidend geprägt.

Mit der Verleihung des Karl-Barth-Preises der UEK ehren wir Jürgen Schmude heute für sein beeindruckendes Beispiel eines „gelebten Barmen V“! Für seine Bereitschaft und für seine Fähigkeit, Mitverantwortung zu übernehmen für die Aufgaben des Staates auf der einen und für den Auftrag der Kirche auf der anderen Seite, und dafür, dass in seiner Person und in seiner Biografie beides durchaus voneinander unterschieden, aber auch untrennbar aufeinander bezogen ist.

Die Jury des Karl-Barth-Preises hat ihre Entscheidung im Herbst letzten Jahres unter anderem so begründet – und das Präsidium der UEK ist ihr damit gern gefolgt:

„Jürgen Schmude hat mit seinem Wirken in Politik und Kirche durch Jahrzehnte hindurch ein beeindruckendes Beispiel dafür gegeben, was es heißt, ‚die politische Bedeutung des Evangeliums in der Tradition der Barmer Theologischen Erklärung zu entfalten‘. [...] Dabei hat er Anstöße aufgenommen, wie sie in den Nachkriegsjahren in Deutschland vor allem Gustav Heinemann gegeben hat. Er hat diese Impulse im Blick auf neue Herausforderungen fortentwickelt und entscheidend dazu beigetragen, sie in wegweisende Stellungnahmen und in konkretes Recht umzusetzen. [...]

Seine vielfältigen Verantwortlichkeiten reflektiert Schmude in einer dem Juristen angemessen nüchternen, in ihrer Aufrichtigkeit umso überzeugenderen Sprache. Damit hat er das Verständnis, wenn nicht die Zustimmung vieler Menschen aus unterschiedlichen politischen und kirchlichen Lagern gewonnen. [...] Im Blick auf dieses Lebenszeugnis, aber auch als Hinweis auf die immer wieder gebotene Entfaltung der politischen Bedeutung des

Evangeliums soll der Karl-Barth-Preis 2008 der Union Evangelischer Kirchen in der EKD an Jürgen Schmude verliehen werden.“

Im Rückblick auf die Arbeit des EKU-Ausschusses zu Barmen V, im Rückblick eines nüchternen Juristen also, der in diesem Ausschuss eine ganze Schar namhafter Theologen zu einer gemeinsamen Kundgebung hinzuführen hatte, soll Jürgen Schmude einmal geäußert haben, er habe sich zuweilen gefühlt „wie eine Schildkröte unter Flamingos“.

Eine Schildkröte ist ja ein ganz besonderes Tier: Sie zeichnet sich durch einen im Tierreich einzigartigen Rücken- und Brustpanzer aus. Ihr besonderes Rückgrat jedenfalls ist nicht biegsam. Die Schildkröte verfügt über ausgesprochen sensible Sinnesorgane, viele Schildkrötenarten können Farben sogar besser differenzieren als das menschliche Auge! Und sie haben einen hervorragenden Orientierungssinn, der sich mit zunehmendem Lebensalter sogar noch zu verbessern scheint! Schildkröten reden nicht so viel. Aber wenn sie dann doch einmal Laut geben, dann tut man gut daran, genau darauf zu achten; dann ist nämlich Gefahr im Verzug.

Schon in der Antike konnten Mathematiker im Übrigen mühelos nachweisen, dass eine Schildkröte, wenn sie nur einmal einen gewissen Vorsprung hat, niemals von einem Läufer eingeholt werden kann, und sei er auch pfeilschnell wie Achill. Wenn auch die Mathematik, wie ich mir habe sagen lassen, heute in der Lage ist, diese Behauptung zu widerlegen, so möge dieses Paradox uns allen eine Warnung sein, die wir manchmal besinnungslos rennen und laufen und doch nicht ans Ziel kommen.

Mit der Verleihung dieses theologischen Preises an Jürgen Schmude loben wir also auch die besonderen Tugenden und Fähigkeiten aller, die sich in unserer Kirche und auch auf unseren Synoden unter so vielen bunten Vögeln zuweilen vorkommen müssen wie Schildkröten. Wir brauchen sie, diese besonderen Tugenden der Schildkröte und die, die sie unter uns verkörpern.

Das Lob der besonderen Tugenden von Jürgen Schmude wird nachher, nach dem Überreichen der Urkunde, auch der Laudator unternehmen, ebenfalls ein früherer Bundesminister, mit einschlägiger Prägung im Dienst der Kirche, nämlich Dr. Manfred Stolpe aus Potsdam, den wir an dieser Stelle nun ebenfalls herzlich und mit Dank in unserer Mitte begrüßen!

Manfred Stolpe bringt im Blick auf den Weg Jürgen Schmudes die Perspektive dessen mit, der – aus Ostdeutschland kommend und mit einer von der Existenz der Kirche in der DDR geprägten Biografie – seinerseits ebenfalls Verantwortung übernommen hat für die Kirche und in der Politik. Wir freuen uns, dass mit der Laudatio von Manfred Stolpe für Jürgen

Schmude ein weiteres wichtiges und bleibendes Anliegen der UEK zum Ausdruck kommt: nämlich die nach wie vor unterschiedlichen Perspektiven im Osten und im Westen unseres Landes untereinander im Gespräch und miteinander verbunden zu halten.

MANFRED STOLPE

Laudatio auf Jürgen Schmude

Johannes Rau hat Jürgen Schmude als aufrechten Demokraten, überzeugten Christen und Mittäter in unserer demokratischen Gesellschaft bezeichnet. Das hat der Jurist Schmude in politischen Ämtern und kirchlichen Aufgaben gelebt. 25 Jahre war er Mitglied des Bundestages und mehrere Jahre Bundesminister. In der Evangelischen Kirche war er fast zwei Jahrzehnte Präsident des höchsten Kirchenparlamentes und immer auch aktives Glied seiner Heimatgemeinde Moers. In allen Ämtern geht es Schmude darum, den Menschen Gerechtigkeit, Hoffnung und Zuversicht zu vermitteln. Seine Zuversicht gewinnt Jürgen Schmude aus dem Glauben, dass er selbst wie alles sonst unter dem Regieren Gottes steht und bei ihm geborgen ist.

Die Trennung von Staat und Kirche hat Jürgen Schmude streng beachtet, aber auch gesehen, dass Staat und Kirche an die gleichen Menschen gewiesen sind und deshalb Berührung unvermeidlich und Kooperation nötig ist.

Schmude ist überzeugt, dass dem Glauben ein aktives Handeln entsprechen muss sowohl in der Kirche und für die Kirche als auch in der politischen Verantwortung. Er sieht einen tiefen Zusammenhang zwischen Evangelischer Kirche und Demokratie, die als menschenwürdigste Staatsform zu bejahen und mit zu tragen ist.

Ich danke der Jury, dass sie Jürgen Schmude für den Karl-Barth-Preis vorgeschlagen hat, denn er entfaltet in überzeugender Weise die politische Bedeutung des Evangeliums und wirkt mit großem Engagement in Kirche und Gesellschaft.

Jürgen Schmude gratuliere ich herzlich zu dieser hohen Ehrung und freue mich, dass sie in dem Jubiläumsjahr der BARMER THEOLOGISCHEN ERKLÄRUNG erfolgt und zu dem Zeitpunkt, als vor 40 Jahren Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten gewählt wurde.

Gustav Heinemann hat Jürgen Schmudes Haltung als Christ zu Staat und Gesellschaft geprägt. Und Schmude hat wichtige Vorgaben Heinemanns aufgegriffen, weitergeführt und vollendet. Das gilt z.B. für die Interpretation der fünften These der Barmer Theologischen Erklärung, der Herausarbeitung der Bedeutung der Demokratie, dem Zusammenhalt der

Deutschen im geteilten Land, der deutschen Schuld gegenüber anderen Völkern, insbesondere in Osteuropa und nicht zuletzt der Erinnerung an die Gräueltaten des Naziregimes vor allem an den Juden. Auch die wichtige Rolle der Laien in der evangelischen Kirche, die Bedeutung der Synoden und die verantwortliche Wahrnehmung des Präsesamtes sind ihm von Heinemann vorgegeben worden.

In seiner Mitarbeit in kirchenleitenden Aufgaben und an Grundsatzfragen steht der Laie Schmude in ständigem Disput mit Theologen. Seine unerschütterliche christliche Fundierung und seine starke ethische Orientierung sind dabei seine Grundorientierung. Als kluger Zuhörer mit großem theologischen Interesse, aber auch starkem Drängen auf Allgemeinverständlichkeit und hintergründigem liebevollen Humor versteht es Jürgen Schmude, Wahrheiten zu sagen ohne zu verletzen. Hoch geschätzt sind seine Tätigkeiten als Ausschussvorsitzender, die er mit Geduld, Konzilianz, aber entschieden und erfolgsorientiert führt. Bewundert wird Schmudes Gabe der Moderation, die er in großer Fairness wahrnimmt, nie konfrontativ, nie aggressiv, eher flüsternd als laut.

Bei aller Freude an Formulierungskünsten fragt Schmude bei den zur Veröffentlichung geplanten Texten, warum hier die Kirche sprechen muss. Denn politische Meinungsäußerungen gibt es schon zuhauf. Sachlich und überparteilich zu sprechen ist keine ausreichende Begründung für ein kirchliches Wort. Auch eine theologische Aussage als Pflichtübung vorneweg legitimiert noch nicht zur kirchlichen Einmischung in die Politik. Schmude fragt: Was ist das Spezifische und Unvertretbare eines kirchlichen Wortes in die Öffentlichkeit. Was nötigt sie zum Reden? Eine bleibende Frage.

In seiner Arbeit an gemeinsamen Erklärungen weiß Jürgen Schmude, dass bei einer substantiellen Aussage ein hundertprozentiger Konsens kaum möglich ist. Seine Gabe ist es, gerade im Dissens einen gehaltvollen Konsens zu finden. Wie schon Karl Barth und Gustav Heinemann weiß Jürgen Schmude um die reformierten, unierten und lutherischen Bekenntnispositionen. Er achtet sie. Wenngleich er sich nicht sicher ist, ob diese konfessionellen Unterschiede noch eine Berechtigung haben. Mit Gustav Heinemann und Richard von Weizsäcker kann er sagen, er sei schlecht und recht evangelisch und lasse sich von niemand vor die Alternative zwingen, lutherisch oder reformiert zu sein.

Das ist eine Position, die uns in den Evangelischen Kirchen in der DDR ermutigt hat, an einer Vereinigten Evangelischen Kirche in der DDR zu arbeiten und die Gemeinschaft der Gliedkirchen und ihrer Zusammenschlüsse als Kirche zu verstehen. Denn das gemeinsame Verständnis des

Evangeliums befähigt zur Gemeinschaft in Zeugnis und Dienst und ermöglicht es, mit bestehenden Bekenntnisunterschieden in einer Kirche zu leben.

Wenn auch die Organisation einer Vereinigten Evangelischen Kirche (VEK) in der DDR an einer Sperrminorität scheiterte, ist doch die am 23. Mai 1985 beschlossene Gemeinsame Erklärung zu den theologischen Grundlagen der Kirche und ihres Auftrages und Dienstes ein Erbe aus den Erfahrungen der Evangelischen Kirchen in der DDR. Sie wird wie andere Erkenntnisse in der Anfechtung und Bewahrung Evangelischer Kirchen in der DDR heute in der wiedergewonnenen organisatorischen Einheit der Evangelischen Kirchen noch nicht ausreichend rezipiert. Gern zitiere ich hier Wolfgang Huber aus seiner Traueransprache für Albrecht Schönherr: „Das Gedächtnis, das Wiederholen empfangener Lehren gehört zum verantwortlichen Leben“.

Für die Evangelische Kirche in der DDR war die Theologische Erklärung von Barmen Ausdruck gemeinsamen Bekennens und Zeugnis des Glaubens für die immer wieder versuchte und angefochtene Kirche. Der Dienst der Kirche vollzieht sich in Gottesdienst, Predigt, Unterweisung und Lehre, in Seelsorge und Diakonie, Mitarbeit in der Ökumene und Verantwortung in der Gesellschaft. Dieses Selbstverständnis der Evangelischen Kirche in der DDR baute auf die harten Erfahrungen evangelischer Kirchen mit dem Schrecken der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Besinnung in der Barmer Theologischen Erklärung auf.

Als ich 1959 als junger Jurist in den Dienst der Evangelischen Kirche in der DDR trat, war die Position des von der SED geführten Staates zur Kirche eindeutig: Religion und Kirche sind Relikte der Vergangenheit, die zum Absterben verurteilt sind. Religion ist unwissenschaftlich und falsch, Opium für das Volk, zu dessen Unterdrückung von den Ausbeutern genutzt. Die Kirche ist ein Instrument der früheren herrschenden Klassen; in der DDR demzufolge die 5. Kolonne des Klassenfeindes. Wir Christen waren also in doppelter Hinsicht Feinde: im Kampf der Ideologien und im Klassenkampf.

Dem gesetzmäßigen Untergang von Religion und Kirche musste nachgeholfen werden: Der Einfluss auf die Jugend muss bekämpft werden. Aktivitäten in die Gesellschaft besonders im sozialen, kulturellen und ökonomischen Bereich sind zu verhindern. Die Kirchen sollen durch differenzierte Behandlung gespalten werden. Außenkontakte, insbesondere nach Westdeutschland und Westberlin sind zu erschweren. Lenins Taktik: erst isolieren, dann liquidieren, saß in den Köpfen nicht weniger Funktionäre.

Im Konsistorium und in der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg hatte ich viel mit Kurt Scharf, Günter Jacob und Albrecht Schönherr zu tun. Das waren drei sehr unterschiedliche Persönlichkeiten aber unbeirrt in einer Grundposition: Christen dürfen sich nicht von den Prognosen der Kommunisten einschüchtern lassen. Die Kirche wird Kirche bleiben, weil Gott sie will.

In der Anfangsphase meines Kirchendienstes erlebte ich 1963 die Erarbeitung der „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche“. Sie wurden formuliert im Auftrag der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR und als Aktualisierung der Barmer Theologischen Erklärung verstanden. Sie forderten die Gemeinden und die Christen auf, sich nicht ängstlich hinter Kirchenmauern zurückzuziehen, sondern im Vertrauen auf Gottes Zusage zur Zukunft der Kirche für eine menschenfreundliche und gerechte Gesellschaft einzutreten.

In der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West arbeitete später ein Ausschuss der EKU unter dem Vorsitz von Jürgen Schmude zum Thema „Für Recht und Frieden sorgen – Auftrag der Kirche und Aufgabe des Staates nach Barmen V“. Das war genau unser Thema. Die Intention des EKV-Votums zu Barmen V, die Grundlinien von 1934 weiter zu ziehen und dabei die Voraussetzung für Aussagen zu schaffen, die Barmen V zuzuordnen sind und zugleich eine Fortschreibung in die Gegenwart bedeuten, traf genau die Interessen der Evangelischen Kirchen in der DDR. Das gilt zum Beispiel für die Formulierung, dass die Handhabung der Menschenrechte Ausweis der Vertrauenswürdigkeit eines Staates nach außen ist, wie es in der Schlussakte von Helsinki 1975 von Ost und West deklariert und auch in einem gemeinsamen Wort des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der EKD vom März 1986 angesprochen wurde. So ist das unter Vorsitz von Jürgen Schmude erarbeitete Wort der EKV vom Juni 1986 mit der Beschreibung der Barmer Theologischen Erklärung als unverändert wirksamer und gültiger Grundaussage zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat, als Grundlegung der christlichen Ethik des Politischen, als wegweisendes Wort der besonderen Gemeinschaft der Evangelischen Kirchen in Deutschland zu sehen.

Für uns im Osten war es das richtige Wort zur richtigen Zeit. Denn der Druck auf eine Veränderung der Verhältnisse in der DDR wuchs: Gorbatschow setzte 1985 mit Glasnost und Perestroika einen neuen Kurs der Öffnung und Veränderung. Viele Erwartungen brachen auf. Doch die Partei- und Staatsführung der DDR war nicht zu Veränderungen bereit. Im Gegenteil die Zügel wurden angezogen. Es gab keine spürbaren Erleichterungen für

Westreisen, keine Freiheit für Andersdenkende, keine Verbesserungen des Wirtschaftssystems.

Honecker war im Ostblock isoliert und erkrankte. Lethargie, Ratlosigkeit, Unbeweglichkeit das war die DDR-Politik 1988. Die Unruhe im Lande wuchs. Die Ausreisebemühungen Zehntausender machte es deutlich. Im Sommer und Herbst 1989 glich das Land einem Hochdruckkessel. Die hohe Explosivität kam vor allem durch die wachsende Zahl von Ausreisentschlossenen, die bemerkten, dass Aggressivität ihren Wunsch beschleunigen konnte. Viele von ihnen baten die Kirche um Unterstützung, sammelten sich in deren Räumen. Die Kirche bat, das Land nicht zu verlassen und entwickelte eine gewisse Zurückhaltung gegenüber den Ausreisewilligen. Wer sich mit denen einließ, kam sogar innerkirchlich unter Rechtfertigungsdruck.

Aber auch viele andere Bürger verloren die Angst. Landesweite, oft von Pfarrern organisierte Wahlbeobachtungen der Kommunalwahlen 1989 und zunehmende öffentliche Protestaktionen bestimmten das Klima im Lande. Überall kam es zu Montagsdemonstrationen, die eine Veränderung der Gesellschaft forderten und in der Regel in evangelischen Kirchen begannen.

Als am 7. Oktober 1989, bei der Feier des 40. Jahrestages der DDR, die friedliche Demonstration tausender Berliner und Brandenburger aus der Gethsemane-Kirche zum Palast der Republik brutal zusammengeschlagen wurde, sagte der anwesende Gorbatschow zu Honecker, Mielke und Krenz, dass bringt nichts, so geht das nicht. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Die nächste Montagsdemonstration stand für den 9. Oktober an, die größte war in Leipzig zu erwarten. Krenz hatte den Auftrag, sie aufzulösen. Er gab keinen Einsatzbefehl. Am 16. Oktober dasselbe: Die Leipziger Großdemonstration, aus 12 Kirchen startend, blieb unbehindert. Keine Gewalt, von allen Seiten, so wie es in den Kirchen gefordert war. Honecker wurde am 18. Oktober abgesetzt.

Krenz erklärte am 19. Oktober dem Vorstand des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR als Antwort auf die Forderungen der Bundes-Synode vom September 1989 seine Reformbereitschaft: Bis Weihnachten können alle DDR-Bürger reisen. Oppositionelle Meinungen und Parteien werden zugelassen. Wahlen werden freier. Wirtschaftliche Verbesserungen werden eingeleitet.

Die Revolution hatte ihre Ziele erreicht. Doch noch stand die Mauer.

Am Abend des 9. November 1989 nahm ich in der Französischen Friedrichstadtkirche in Berlin an einer Diskussion mit Vertretern der Oppositionsgruppen, der SED, der CDU, der LDPD und der Kirchen teil. Intensiv

wurde gestritten, wie schnell mehr Freiheit und mehr Rechte erreicht werden können. Das war die Vorbereitung eines Runden Tisches, durch den dann ab Dezember unter Vorsitz der Kirchen die Überleitung von der Diktatur zu Demokratie und Rechtsstaat erfolgte.

Mitten in der Debatte erhielt ich die Nachricht, das SED-Politbüromitglied Schabowski habe auf einer Pressekonferenz die sofortige Reisefreiheit für alle bekannt gegeben. Ich dachte nur, endlich kommt das neue Reisegesetz. Denn ich erwartete die Gewährung von Westreisen durch den Staat an jeden Einzelnen.

Aber die Geduld der Menschen war zu Ende. Tausende gingen spontan zu den Grenzübergangsstellen, um nach Westberlin durchgelassen zu werden. Doch die Grenzpolizei hatte noch keinen entsprechenden Befehl erhalten und verweigerte den Übergang. Das waren spannende und gefährliche Stunden, denn ein gewaltsamer Grenzdurchbruch konnte den Waffengebrauch der Grenztruppen auslösen. Doch dann hörte ich, dass der Grenzübergang Bornholmer Straße geöffnet worden war. Nun war die Mauer nicht mehr zu halten. Es gab keine Gewalt und keine Schüsse. Das war der nun offenkundige Sieg der friedlichen Revolution. Die Menschen hatten nicht mehr erwartet, bis ihnen der Staat die Westreise erlaubte, sondern sie hatten sich selbst die Freiheit genommen.

Über die Rolle der Kirchen im Umbruch der DDR und zur Wiedervereinigung Deutschlands wird unterschiedlich und vergleichsweise wenig gesprochen. Tatsächlich aber hat die Evangelische Kirche den gewaltfreien Umbruch in der DDR befördert. Es war richtig, in die Gesellschaft hineinzuwirken, mit langem Atem auf Erleichterung zu setzen und gefährliche Zuspitzungen zu vermeiden.

Zu den deutschlandpolitischen Wirkungen der evangelischen Kirchen gibt es inzwischen wissenschaftliche Untersuchungen z.B. von Christian Hanke in einem über 400-seitigem Werk. Danach waren sie Sprecher der Einheit des Volkes.

Die Ostdenkschrift der EKD hat die Politik der Bundesrepublik maßgeblich beeinflusst. Zu Recht hat Jürgen Schmude sie als ein prophetisches Wort bezeichnet, das in einer vergifteten Atmosphäre die Wahrheit gesagt hat. Diese Denkschrift hat der bundesdeutschen Politik den Mut zu einer neuen Ost- und Deutschlandpolitik gegeben, die durch Annäherung Wandel und Veränderung bewirkte.

Die Evangelische Kirche in West und Ost verzichtete auf eine offensive Wiedervereinigungsrhetorik, erklärte aber ihre Zusammengehörigkeit für unaufgebbar und lebte in der geduldigen Erwartung, dass die Teilung

Deutschlands nicht das Ende aller Wege Gottes mit den Deutschen sein werde. Die Evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik und in der DDR haben wie keine andere Institution den Zusammenhalt der Deutschen bewahrt. Das geschah in vielen hundert Gemeindeparterschaften und tausenden Einzelbesuchen, die nach dem Mauerbau vor allem von West nach Ost, nicht selten unter erheblichen Grenzschikanen erfolgten. Diese Kontakte bedeuteten neben der beiderseitigen Vergewisserung der Gemeinschaft für die Partner im Osten auch eine wichtige Ermutigung.

Befördert und getragen wurde diese breite Bewegung für den Zusammenhalt der evangelischen Christen im geteilten Deutschland durch die eindeutige Haltung der Kirchenleitungen und Synoden in der BRD. Den Ratsvorsitzenden und Präsidien kam dabei eine hervorgehobene Bedeutung zu. Durch ihre Entschlossenheit, ihren persönlichen Mut, durch erhebliche materielle Unterstützung und nicht zuletzt durch die große Geduld mit den gelegentlich absonderlich wirkenden Ostpositionen waren sie entscheidende Helfer der Evangelischen Kirche in der DDR. Das stärkte deren Eigenständigkeit und Unabhängigkeit im sozialistischen System der DDR und wurde somit zu einer wichtigen Handlungsvoraussetzung der Evangelischen Kirche im beginnenden Umbruch der Verhältnisse.

Eine Schlüsselrolle für den Zusammenhalt der Deutschen und dann schließlich die Wiedervereinigung des Staates und der Kirchenorganisation hatte Jürgen Schmude. Seine außerordentliche Begabung als Zuhörer und nichtbevormundender Berater, seine großen politischen Erfahrungen und seine genauen Kenntnisse der Verhältnisse der DDR machten ihn zu einer geistlichen und moralischen Autorität. Sein überzeugendes Wahlergebnis zum Präses der wiedervereinigten EKD-Synode unterstrich das.

Neben seinen besonderen Gaben ist es auch seine Biografie, die Jürgen Schmude zu einer gesamtdeutschen Persönlichkeit machte. Aus Insterburg, dem heutigen Tscherschahowsk, vertrieb es ihn nach Moers im äußersten Westen Deutschlands. Da er Ostpreußen aufgeben musste, lebt er seine persönliche West-Ost-Biografie nun mit der östlichen deutschen Stadt Seelow. Die Stadt wurde bekannt durch die letzte große Verteidigungsanlage 1945 vor der Reichshauptstadt. Jürgen Schmude hat mit dem Kirchenkreis und der Gemeinde Moers viele Jahre einen intensiven Kontakt mit Seelow und dem Kirchenkreis Seelow gepflegt und bis heute weitergeführt.

Es gab viele Vorortbesuche, Partnertreffen in Berlin, persönliche Kontakte und immer auch die „unauffälligen“ Begleitfahrzeuge des MfS. Die Seelower erinnern sich gern, wie sie und Schmude diese so manches Mal hinters Licht führten.

Dabei war immer auch Gudrun Schmude. Sie kannte den Osten aus eigenem Leben und war noch aktiver und häufiger im Kreis Seelow und wird in den dortigen Gemeinden, wie natürlich auch in Moers als handfeste Helferin hoch geschätzt.

Auch nach der Wiedervereinigung wirken Schmudes in der Oder-Spree-Region, z.B. als Förderer des Wiederaufbaus des Seelower Kirchturms oder als Sponsoren für einen evangelischen Kita-Neubau und als Berater des Diakonischen Werkes. Helfer waren sie aber auch an vielen anderen Orten z.B. für die Behinderten des Lindenhofes im Havelland. Dorthin vermittelte Jürgen Schmude unmittelbar nach der Maueröffnung einen Bus. Christian Spree, ein leitender Mitarbeiter der Diakonie, berichtet:

„Uns bleibt in Erinnerung, wie eindrucksvoll und doch bescheiden sein Auftreten war. Das war nicht als öffentlichkeitswirksamer Auftritt angelegt, sondern war der Besuch eines helfenden Freundes, der unsere Probleme kannte und wusste, wo erste Hilfe nötig war“.

Schmude sah immer sehr nüchtern die angeschlagene, klein gewordene Kirche in der DDR. Aber er glaubte an ihre geistliche Kraft, ihre tapferen Gemeindeglieder und war sicher, dass der Herr der Kirche sie nicht verloren gegeben hat. So wie Schmude vor Ort half, so hat er in dem nicht ganz einfachen Prozess der organisatorischen Wiedervereinigung der Evangelischen Kirche West und Ost entscheidend mitgewirkt und dabei die unterschiedlichen Erfahrungen und Sichtweisen bedacht und erläutert. Manfred Kock hat Schmude als einen Mann des grenzüberschreitenden Dialogs bezeichnet und seine Verdienste um die Wiedervereinigung der EKD unschätzbar wertvoll genannt.

Wenn heute Jürgen Schmude gewürdigt wird, dann darf es nicht beim Rückblick bleiben, denn wir stehen vor großen gemeinsamen Aufgaben.

Sicher auch im deutsch-deutschem Gespräch. Friedrich Schorlemmer hat Recht, wenn er viel mehr offene Gespräche der Menschen aus den unterschiedlichen Erfahrungswelten des Ostens und Westens fordert. Und Wolfgang Thierse ist zuzustimmen,

„dass über die Lebenspraxis der Menschen in der DDR nicht nur Vernichtungsurteile gesprochen werden dürfen. Es muss genauer und differenzierter über die Geschichte der DDR geurteilt werden. Immer noch leidet der Umgang mit der DDR und damit auch mit ihren Menschen daran, dass sie in den 90er Jahren politisch und medial vermarktet worden ist als eine Skandalgeschichte von Feigheit und Verrat. Stasi war und ist das Faszinosum“.

Diese leidige Debatte über die DDR-Vergangenheit weckt bei vielen Menschen im Osten die Sorge, schließlich doch noch für die Existenz des Systems DDR irgendwie haftbar gemacht zu werden. Denn sie liefen nicht

weg, sie waren nicht inhaftiert, sie arbeiteten fleißig, sie gingen zur Wahl. Sie haben die DDR nicht geliebt, aber mitgetragen. Also schweigen sie lieber.

Jürgen Schmude, meine sehr verehrten Damen und Herren, da gibt es noch viel zu tun mit Geduld, Hörfähigkeit, eigener Offenheit. Auch die Osis müssen noch manches lernen. Etwa, wieso Menschen aus der alten Bundesrepublik anders geprägt sind und weshalb die Demokratie die bessere Staatsform ist. Jürgen Schmude hat sich als Ko-Vorsitzender der gemeinsamen Kommission des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur Erarbeitung des Wortes „Demokratie braucht Tugend“ bemüht, dafür zu werben. Es gibt nur wenige vergleichbare Arbeiten zur politischen Bildung wie dieses kirchliche Wort und die sie vorbereitende Demokratie-Denkschrift der EKD von 1985, die ebenfalls maßgeblich von Schmude beeinflusst wurde. Das Vertrauen in die Demokratie lässt im Westen nach und ist im Osten noch nicht ausreichend gefestigt. Die Erfahrungen in der DDR mit Willkür und Bevormundung sollten helfen, die heute gegebene Rechtssicherheit und mögliche Beteiligung in eigenen Angelegenheiten zu schätzen. Der demokratische Rechtsstaat ist der bestmögliche Handlungsrahmen, damit Staat und Gesellschaft für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden wirken. Jürgen Schmude mahnte bei einem Vortrag in Leipzig:

„Mündigkeit? Doch nicht zum Schweigen! Partnerschaft? Doch nicht zum Nichtstun! Folgerichtig wird die Möglichkeit zur Mitverantwortung und Mitbestimmung gefordert.“

Um die Menschen zu erreichen, genügen aber nicht Akademietagungen und Einzelveröffentlichungen. Wir sollten darüber nachdenken, wie zu hochdramatischen Themen, die viele Menschen bewegen, öffentliche Problemdebatten in ähnlicher Form angeboten werden, wie es die Evangelischen Kirchen in der DDR in den späten 80er Jahren taten. Zwei solcher brisanten Themen sind der Umgang mit Fremden und die Krise der Industriegesellschaft.

Schmude hat als Vorsitzender der EKD-Arbeitsgruppe für eine Handreichung Christen und Muslime in Deutschland viel Kritik erlebt. Es brauchte Mut, unangenehme Wahrheiten und Realitäten anzusprechen. Aber es ist zwingend, sich den konkreten Problemfeldern zuzuwenden. Begegnung, Gespräch, Zusammenarbeit sind nötig, um Vertrauen wachsen zu lassen und ein gemeinsames Handeln auch in Spannungen zu ermöglichen. Feindbildern, Intoleranz und Abgrenzung muss entgegengewirkt werden. Die Alternativen hatten wir in Deutschland erlitten und sehen sie auch heute

fast täglich vor Augen. Der Schatten von Barmen 1934, die Nichterwähnung des Schicksals der Juden, bleibt beständige Mahnung, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus vorzugehen.

Schmude fordert, wachsam der Jahre des Unrechts und des Schreckens zu gedenken und alles abzuwenden, was irgendeine Wiederholung bringen kann. Hinter die Erkenntnis Dietrich Bonhoeffers, der in der Naziherrschaft das schlechthin Böse sah, dürfen wir nicht zurück. Deshalb müssen extremistische Gruppen, die Hass verbreiten, auf entschiedene Ablehnung treffen. Es ist gut, dass deutschlandweit die evangelischen Kirchengemeinden an der Spitze des Widerstandes gegen Neonazis, Rassismus und Gewalt stehen. Fremdenfeindlichkeit und Verführung durch extremistische Populisten nehmen in Krisenzeiten zu. Das unter Vorsitz von Jürgen Schmude erarbeitete Votum zu Barmen V erkannte schon die Krise der Industriegesellschaft und forderte neue Einsichten und Verhaltensweisen.

Die klassische wirtschaftsliberale Vorgabe wankt, dass der größtmögliche Nutzen für alle heraus kommt, wenn ein jeder nur unbeirrt und dynamisch sein Eigeninteresse verfolgt. Horst Köhler hat in seiner Berliner Rede im März dieses Jahres analysiert, dass die

„großen Räder gebrochen sind“ und wir eine Krise erleben „deren Ausmaß das 21. Jahrhundert prägen kann [...] Wir erleben das Ergebnis von Freiheit ohne Verantwortung. Wir erleben, dass es der Markt allein nicht richtet. Der Markt braucht Regeln und Moral“.

Die Unkultur des Profits hat Jürgen Schmude schon im Jahr 2000 benannt und zugleich gefordert, die vom Arbeitsleben Ausgeschlossenen nicht zu vergessen. Denn es geht um den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Kirche muss sich einmischen, muss die Probleme der Gesellschaft benennen und mithelfen, wie der wachsenden Armut begegnet werden kann, wie Arbeitsförderungsmaßnahmen genutzt und ausgebaut werden können, wie Bildungsangebote erweitert und Teilhabe isolierter Menschen ermöglicht wird.

Die Evangelische Kirche hat eine eigenständige Position, ist überparteilich und unabhängig. Sie ist keine säkulare Interessenvertretung oder Lobby. Sie ist kritisch-konstruktiv und gesprächsfähig. Sie ist glaubwürdig und genießt Vertrauen. Die Evangelische Kirche wird zur Mitgestaltung einer menschenfreundlichen, gerechten und friedlichen Gesellschaft gebraucht.

Ich bin dankbar, dass Jürgen Schmude in dieser Fortsetzungsarbeit zu Barmen mit seinem Glauben, Reden und Handeln dabei bleibt. Als Bruder auf Augenhöhe, wie es Nikolaus Schneider beschreibt.

Die Jahreslosung und unsere Erfahrung lehren:

Wir sollen uns ans Werk machen, auch wenn wir spüren, wie scheinbar unmöglich die Aufgabe ist. Wir können uns darauf verlassen: Gott hilft nach.

JÜRGEN SCHMUDE

Danksagung

Herzlich dankbar, berührt und auch befangen höre ich die vielen freundlichen Würdigungen meiner Bemühungen und meiner Person. Die Befangenheit gibt mir im Rückgriff auf einen anerkannten Rechtsgrundsatz die Chance, mich jeglichen Urteils an dieser Stelle zu enthalten und auch dem alten Ratschlag für solche Fälle: „Glaub alles!“ nicht direkt zu folgen, sondern ich werde es mir wohl bedenken, prüfen. „Prüfet alles, das Gute behaltet!“ Wahrscheinlich ist es zu viel des Guten, um es alles zu behalten, aber es wird mich noch eine ganze Weile auf das Angenehmste beschäftigen, an diese Würdigung und an die vielen Erinnerungen zurückzudenken, ja, auch die Hinweise, die wir heute hier gehört haben. Und da hat es natürlich ein regelrechtes Herzensanliegen von mir getroffen, dass Manfred Stolpe an die Geschichte, Entwicklung der Kirche in der DDR – und der DDR überhaupt – so eindringlich erinnert hat, und das auch mit Hinweisen auf all die Aufgaben verbunden hat, die wir heute noch haben und die sich für die Zukunft stellen. Überhaupt ist es für mich eine ganz besondere Freude und Ehre, an diesem Tag von Manfred Stolpe gewürdigt zu werden. *Ihm* wüsste ich verdienter Maßen zu würdigen. Bei ihm habe ich viel Gutes erlebt und bewundert, ihn bewundern und verehren gelernt. Und das ist aus meiner Erfahrung ganz selten, dass jemand sich wie er nur aus Freude am Helfen für Menschen in schwierigster Lage einsetzt, dabei Mühe, Ärger und Risiken auf sich nimmt – in Erinnerung an bewegte Zeiten auch in unserer EKD-Kirche sage ich: es sogar hinnimmt, dass Menschen, die an sich eine Dankeschuld bei ihm abzustatten hätten, stattdessen sich in Anfeindungen flüchten, in der Meinung, damit den Dank erledigt zu haben. Und er hat immer wieder Wege für die Menschen gefunden; ja er hat sie erfunden und entwickelt, um Notfälle zu beheben. Fasziniert habe ich dabei wahrgenommen – und für manchen ist das nur eine Randbeobachtung, für mich aber war es sehr wichtig –, dass er die großen Handlungs- und Entscheidungslinien genau im Blick hatte, sich zugleich aber geduldig um Kleinigkeiten kümmerte, die für die Betroffenen ebenfalls wichtig waren. Also: Von Manfred Stolpe heute gelobt zu werden, der doch selbst großes Lob verdient, das ist eine zusätzliche Auszeichnung für mich.

Der Jury danke ich für Ihre Entscheidung, der ich mich gern füge. Von Gustav Heinemann, dem ich viele wichtige Hilfen und Anregungen verdanke, habe ich eine ausgeprägte Zurückhaltung gegenüber Ehrungen übernommen und beibehalten. Vor seiner Zeit als Bundespräsident entwickelte er einmal die Idee, jeder solle das Bundesverdienstkreuz erhalten, der es haben wolle; Voraussetzung sei nur, dass der Bewerber selbst die Laudatio schreibe und die werde dann veröffentlicht.

Obwohl Heinemann danach sehr ernsthaft als Bundespräsident mit den Ordensverleihungen umging, ist mir sein Modell im Gedächtnis geblieben. Und so habe ich mich bei der Nachricht über die heutige Ehrung sofort gefragt, wie ich selbst wohl meine Würdigkeit für diesen, ja doch herausragenden, theologischen Wissenschaftlern zugedachten Preis begründen könnte. Nichts könnte ich vorbringen und müsste es auch nicht; die Jury hat mir das abgenommen. Ich brauche es nur noch anzunehmen.

Dieser Preis, mit dem Hinweis auf die Barmer Theologische Erklärung von 1934 verliehen, hat auch mich an meine Mitarbeit im Theologischen Ausschuss der Evangelischen Kirchen der Union erinnert, der 1986 sein Votum zur fünften, zur „politischen“ These dieser Barmer Erklärung vorgelegt hat. Auch damals, als ich in diesen Ausschuss und zum Vorsitzenden berufen wurde, haben mir meine Eignung und Würdigkeit, dort das zu tun, überhaupt nicht eingeleuchtet.

Meine anfängliche Ablehnung – denn zunächst hatte ich Nein gesagt – wurde aber nicht akzeptiert. Damit werde ich beim Rat der EKU kein Verständnis finden, der Rat werde irritiert sein, erklärte mir der zuständige Oberkirchenrat Alfred Burgsmüller mit sehr besorgter Miene, das sehe ich noch heute vor mir. Und dieses Mienenspiel hat mich beeindruckt und umgestimmt. Denn dass es da einen Rat gab und wer dazu gehörte, das wusste ich damals noch gar nicht. Und so kam der Jurist mit politischer Erfahrung zum Vorsitz eines mit Theologen besetzten Ausschusses, und in der Tat fühlte er sich da gelegentlich so unsicher, wie die von Ihnen, Bischof Fischer, erwähnte Schildkröte. Freilich nur in der Hinsicht, dass ich an die Schwerfälligkeit der Schildkröte unter den Flamingos gedacht habe. Was sie sonst noch für Qualitäten entfalten kann, habe ich heute erst gehört; sie ist ja geradezu eine „Geheimwaffe“. Jedenfalls, es war verbunden für mich mit der sehr reizvollen Aufgabe, mit namhaften, ja herausragenden Theologen gemeinsam zu beraten. Es ließen sich viele nennen, ich nenne hier von ihnen nur Heinz Eduard Tödt und Eberhard Jüngel, den ersten Preisträger dieses Karl-Barth-Preises 1986.

Es war aus heutiger Sicht auf meinem Weg in die intensive kirchliche Arbeit eine Station, die ich nicht missen möchte. Anderes kam hinzu und so kann ich auf eine Reihe besonderer Funktionen und Aufgaben nicht nur in der Politik sondern auch in der Kirche zurückblicken. Ein besonders würdiger Mensch bin ich dabei nach meiner Meinung nicht geworden, nicht mehr als andere auch. Und solche Selbstbetrachtung soll hier helfen, das mit der Auszeichnung verfolgte Ziel zu erreichen. Es kann ja nicht damit sein Bewenden haben, dass ein Mensch gewürdigt wird und zufrieden nach Hause geht und das ist es dann.

Worum es mir geht, will ich am Beispiel der Freunde im heimischen Moerser SPD-Ortsverein erläutern, denen ich früher manchmal wegen unvernünftiger Eskapaden Vorhaltungen gemacht habe. „Du hast ja ganz recht“, kriegte ich zu hören, „aber du bist eben auch ein weiser Mann.“ War das eine Einsicht, war das ein Kompliment? Nichts davon: Es war die schlichte Selbstverteidigung gegen die Zumutung, den Schlendrian der Irrationalität aufzugeben. Lass ihn reden, dachten sich die Freunde, wir sind normale Menschen und machten weiter.

Der heutige Preis geht, jedenfalls aus meiner Sicht, an einen sehr normalen Menschen. Er hat besondere Chancen nutzen können. Andere haben sie, so oder anders, oft auch. Nutzen sie sie oder halten sie sich fern und sagen: „Der kann das, ich könnte das nicht.“? „Wieso könntest du das nicht,“ frage ich gelegentlich zurück. Und dann höre ich, dass man sich mit all den lästigen Menschen, mit denen man in Politik und in anderer gesellschaftlicher Verantwortung, ja auch in der Kirche umgeben muss, dass man sich mit denen nicht abgeben will. Das könne man gar nicht aushalten.

Offenbar ist vor allem für die Politik die Schiedsrichterrolle bei uns besonders populär: Viel und schnell urteilen, sich aber bloß nicht in das Spiel einmischen. Ist es denn nicht *unser* Spiel?, frage ich dazu.

Vom Grundgesetz als großem Angebot hat Gustav Heinemann gesprochen, und die Demokratiedenkschrift der EKD von 1985 steht in diesem Sinne unter dem Titel: „Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“. Ziel der heutigen Preisverleihung sollte es sein, auf die Annahme dieses Angebots und dieser Aufgabe durch möglichst viele Menschen hinzuwirken. Zur „immer wieder gebotenen Entfaltung der politischen Bedeutung des Evangeliums“, wie es in der Verleihungsurkunde heißt, wollen wir ermutigen, ja aber wir wollen sie sogar fordern.

Das ist wahrlich nötig, denn das demokratische Engagement, sei es in der politischen Arbeit, sei es bei den Wahlen, ist rückläufig. Besonders der

Wahlverzicht ist unverständlich. Er schädigt die Demokratie und belastet das Zusammenleben.

Aber das müsse man doch verstehen, hören wir. Und dann werden Gründe genannt. Sie sind alle nicht stichhaltig. Also ist nichts zu verstehen im Sinne einer Billigung. Allenfalls zu begreifen ist es, dass hier einem Missstand abgeholfen werden muss.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind da gefordert und die Christen eher noch mehr, während sie sich tatsächlich oft sehr schwer tun. Die Kirche hat – und sieht – hier ihre Pflicht: sich einzumischen und lästig zu fallen, indem sie die Christen zum Tätigwerden drängt.

Der Karl-Barth-Preis für die Würdigung der theologisch-wissenschaftlichen Arbeit gedacht, wird in diesem Jahr – erneut – einem Nichttheologen zuerkannt. Einem Politiker, bei dem neben 25 Jahren Parlaments- und Regierungstätigkeit inzwischen mehr als 25 Jahre ehrenamtliche Kirchenarbeit zusammengekommen sind. So zu leben und zu arbeiten, ist nicht nur möglich, es hat auch seine Folgerichtigkeit. Viele Christen in unserer Bundesrepublik haben so gelebt und gearbeitet. Namhafte Spitzenpolitiker habe ich dabei als vorbildlich erlebt.

Gustav Heinemann, den ich in seinen letzten zehn Lebensjahren näher kennen lernen durfte, hat mich stark geprägt. Johannes Rau, der Preisträger von 2004, hat mir ganz früh über politische Stolpersteine hinweggeholfen. Er hat meinen Weg über Jahrzehnte hilfreich begleitet. Richard von Weizsäcker hat mich, auch in manchen Begegnungen, beeindruckt und ermutigt. Ich nenne noch Helmut Simon, den Preisträger von 1988, mein unerreichtes, wie ich zugebe, Vorbild schon damals, als er Richter war am Landgericht und am Oberlandesgericht, und natürlich sehen wir unter uns Manfred Stolpe, der in seiner Weise ein weiteres Beispiel dieser Verbindung von Aufgaben in Kirche und Politik gegeben hat.

Als eindeutige Christen haben sie maßgebend politische Verantwortung übernommen. Sie haben es nicht als Diener bestimmter Gruppen oder Mächte getan, sondern als freie Menschen, die zugleich kirchliche Aufgaben versehen. Das ist für unsere Demokratie eine wertvolle Errungenschaft. Den Weg dahin hat nicht zuletzt Karl Barth geöffnet.

Seine überragende Bedeutung, zumal für die deutsche Theologie, ist mir schon in der Jugend beim Umgang mit Pfarrern und Theologiestudenten deutlich geworden. Heiß begehrt, aber teuer und jedenfalls wuchtig waren die Bände seiner Kirchlichen Dogmatik, ich habe sie noch so richtig vor Augen. Ich habe mich ihnen stets respektvoll genähert, auch schon mal drin geblättert. Zum Lesen bin ich nicht gekommen.

Leicht lesbar, kurz und prägnant war die schon erwähnte, weitgehend von Karl Barth formulierte Barmer Theologische Erklärung. Als theologischer Text gefasst, entfaltete sie bald eine bis heute wirksame politische Bedeutung. Und gewiss weist dieses Bekenntnis von 1934, zumal in der Fünften These, aus heutiger Sicht Defizite auf. Auf die ganz verschwiegene Problematik des Unrechts gegenüber den Juden hat Manfred Stolpe schon hingewiesen. Einzelne Begriffe, etwa die „Verantwortung der Regierenden und Regierten“, laden andererseits zur weitergehenden Interpretation ein, als es dem Verständnis der Verfasser vor 75 Jahren entsprochen hat. Solche zunächst gar nicht bedachte Aussagekraft findet man in klugen Worten häufig.

Jedenfalls haben Karl Barth und die Synodalen von 1934 Einsichten vermittelt, die in weiter entwickelter Form in markanten kirchlichen Worten und Denkschriften zu den politischen Aufgaben der Kirche und zur Verantwortung der Christen in der Politik ihren Ausdruck gefunden haben. Bedacht und in eindringliche Empfehlungen gefasst ist das alles. In der Praxis freilich erweisen sich die Bremskräfte oft als stärker, in der Gesellschaft allgemein und bei den Christen nicht minder.

Ja, es winken nicht die reine Freude, nicht die befriedigende Ausübung der Macht und der Genuss allgemeiner Ehrerbietung in der politischen Arbeit. Nein, so ist es nicht. Mühevoll Auseinandersetzungen mit kaum überschaubar vielen Menschen und ihren unterschiedlichen Interessen sind der Alltag. Manchmal gibt es erfreuliche Erfolge, häufig aber Erschöpfung, Verdruss, Stress und auch Niederlagen.

„Muss ich mir das antun“, wird immer wieder gefragt. „Wenn du es irgend kannst, solltest du es tun“, lautet die Antwort. Das auf sich zu nehmen, ist eine heute besonders gebrauchte Form von Nächstenliebe. Dem Nächsten kommt es zugute, wenn wir bei der Sicherung von Recht und Frieden durch die Politik helfen. Und damit nützt es schließlich auch uns selbst.

Mancher meint nun, auf das schmutzige Geschäft der herzlich gering geschätzten Politiker, wolle er sich nicht einlassen, zu denen wolle er nicht gehören. Wie geht man dabei mit Politikern um und auf welcher Grundlage eigentlich? Sind sie aus Schurkenstaaten importiert oder dem Abschaum unserer Gesellschaft entnommen? Wenn das so wäre, wären ja Christenmenschen besonders gefordert, schnell anzutreten, um dem gefährlichen Personalmangel abzuhelpen. Aber wir müssen ein weiteres Risiko bedenken. Aus der Sicht mancher Menschen hilft das ja auch nicht, weil mit der Wahl in ein Mandat eine „Verwandlung“ stattfindet. Anständige, geschätzte

Mitbürgerinnen und Mitbürger werden in der Hoffnung auf reichliche Zustimmung als Kandidaten aufgestellt, – doch schade um sie; mit der Wahl ist ihr Abstieg besiegelt.

Beide große Kirchen haben dieser ebenso absurden wie häufigen Bewertung mehrfach widersprochen. Sie haben vor der Tätigkeit in der Politik nicht gewarnt, sondern zu ihr aufgerufen. Und sie haben, was die Inhalte anbelangt, konkrete Lösungsvorschläge ausgearbeitet, um den Politikern und der Gesellschaft zu helfen.

Dabei übrigens erweist sich die Mitarbeit von politisch Erfahrenen in all unseren Ausschüssen und Gremien an der Ausarbeitung solcher Erklärungen als unentbehrlich. Denn die Kirche ist es den angesprochenen Politikern schuldig, die Realisierungsmöglichkeiten und auch die Hindernisse und Hemmnisse in den Blick zu nehmen. Wunder nämlich sind auch vom besten Staat nicht zu erwarten. „Nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens“, so heißt es in der Barmer Erklärung, soll er seine Aufgaben erfüllen.

Die Lösung *aller* Probleme, die Erlösung von allen Unzulänglichkeiten erwarten wir im Glauben an die Wiederkunft Jesu Christi von ihm. Was wir bis dahin selbst verbessern können, mit menschlicher Einsicht und Vermögen, das ist nicht alles, aber viel.

Unerfüllbare Wunschkataloge sind dabei nicht hilfreich. Sie bewirken nichts, allenfalls Ratlosigkeit und Enttäuschungen. Und dann lakonisch zu sagen, die Politiker müssten eben manches machen, was man als Christ weder wollen noch verantworten könne, ist schon wieder ein Schritt zur Abwertung der politisch arbeitenden Menschen. Das läuft dann auf eine Teilung der politischen und gesellschaftlichen Welt hinaus.

Die sieht dann so aus: Auf der unerfreulichen Seite, da wirken die Macher, die Politiker, und verfehlen mit ihrem vielleicht notwendigem, zugleich aber anstößigen Verhalten die wahren Ziele. Die kennt man auf der anderen, auf der Seite der Guten, ganz genau, beschreibt und empfiehlt sie, aber leider: Es wird nichts draus. Die Verhältnisse und die Politiker, sie sind nicht so. Fein also, dass man damit nichts zu tun hat. Moralische Überlegenheit und schlichte Bequemlichkeit verbinden sich so bestens. Und wieder ist ein Grund gefunden, sich mit der eigenen Person auf die Politik und auf viele wichtige gesellschaftliche Aufgaben erst gar nicht einzulassen.

Aber so dürfen Christen um ihrer Mitmenschen und um ihrer selbst willen sich nicht verhalten. Die Demokratie leidet darunter, sie kann in Gefahr geraten. Trotz ihrer Stabilität im westlichen Deutschland in sechs

Jahrzehnten der Geltung des Grundgesetzes sind weder ihr Erfolg noch ihr Bestand von selbst garantiert. Dafür können nur aktive Demokraten sorgen, an denen es der Weimarer Republik leider gefehlt hat. Und an aktiven demokratischen Christen hat es ihr, der Weimarer Republik, erst recht gefehlt.

Trotz der bekannten grässlichen Folgen des Scheiterns der Demokratie im Deutschland der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts und trotz der eindeutig negativen Erfahrungen mit der undemokratischen Machtausübung in der DDR, trifft man heute viel zu oft auf das Sinnieren darüber – Manfred Stolpe hat das aus östlicher Sicht noch einmal angemerkt –, ob die Demokratie wohl wirklich das Richtige ist. „Man müsste doch eigentlich [...]“, meinen sogar kluge Diskutanten, und dann kommen Baupläne für politische Luftschlösser. Mit dem demokratischen Staat des Grundgesetzes, der in den Grundsätzen seiner Auftrags Erfüllung eine Nähe zum christlichen Menschenbild aufweist, so die EKD-Demokratiedenkschrift von 1985, haben solche Luftschlösser nichts zu tun.

Richtig bleibt: Christ kann man auch ohne Demokratie sein und bleiben. Wir haben das in Deutschland wie andernorts erlebt. Aber Karl Barth hat Recht mit der Feststellung:

„Dass man in einer Demokratie zur Hölle fahren und unter einer Pöbelherrschaft oder Diktatur selig werden kann, das ist wahr. Es ist aber nicht wahr, dass man als Christ ebenso ernstlich die Pöbelherrschaft oder die Diktatur bejahen, wollen und erstreben kann wie die Demokratie.“

Heute würde Barth wohl hinzufügen, dass man als Christ die demokratische Regierungsform auch nicht aus Bequemlichkeit oder Verantwortungsscheu mit allerlei Ausreden aufs Spiel setzen darf.

Geben wir uns alle Mühe, solche Einsichten zu vermitteln, unter Christen und allen Bürgern unseres Staates.

Und in diesem Sinne wünsche ich der heutigen Preisverleihung eine weit reichende Wirkung.